

Vasily Astrov (wiiw)

Unterschiedliche Einflüsse beschleunigen Wachstum in den MOEL

Die merkliche Wachstumsbeschleunigung, die 2004 in fast allen MOEL zu beobachten war, ging auf unterschiedliche Faktoren zurück. Die meisten Länder verzeichneten ein robustes Wachstum der Binnen- nachfrage. Die neuen EU-Länder profitierten auch von der relativ guten Konjunktur in der EU 15, die EU- Beitrittskandidatenländer Bulgarien und Rumänien von der Steigerung der Zuflüsse an ausländischen In- vestitionen, die Westbalkanländer von größerer politischer Stabilität und verbesserten Aussichten für die EU-Integration. Russland und die Ukraine schließlich waren vor allem durch die hohen Weltmarktpreise von Energie und Metallen begünstigt.

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik, Josef Pöschl • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Hana Rusková, Monika Schwarzhappl, Barbara Swierczek • E-Mail-Adresse: astrov@wiiw.ac.at

2004 entwickelte sich die Wirtschaft in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) günstig. In den acht neuen EU-Ländern in Osteuropa (Estland, Lett- land, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) beschleunigte sich das reale Wachstum im Durchschnitt um 1 Prozentpunkt und erreichte 5% (Über- sicht 1). Mit Ausnahme von Litauen expandierte die Wirtschaft in diesen Ländern 2004 rascher als im Jahr zuvor.

Die Dynamik stand erneut in starkem Gegensatz zur EU 15, die trotz der merklichen Belebung eine durchschnittliche Wachstumsrate von nur 2,3% aufwies. Somit trugen die neuen EU-Länder positiv zur gesamteuropäischen Konjunktur bei und verzeichne- ten eine reale Konvergenz zur EU 15.

Auch die anderen MOEL schnitten insgesamt gut ab: Fast durchwegs beschleunigte sich das Wachstum oder behielt zumindest das Vorjahrestempo bei. Die Ukraine er- zielte mit +12,1% das beste Ergebnis der Ländergruppe, während die Wirtschaft in Russland wie im Vorjahr um etwa 7% wuchs. Lediglich in Kroatien und Mazedonien verlangsamte sich das Wachstum merklich; in Mazedonien schrumpfte die Wirt- schaft in den ersten drei Quartalen 2004 sogar. Zum Großteil war dies dem zu restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs dieser Länder zuzuschreiben.

Für das allgemein günstige Bild waren eine Reihe von Faktoren maßgebend: Einer- seits erholte sich die Konjunktur in der EU 15 und vor allem in Deutschland etwas. An- dererseits verteuerte sich die in die MOEL importierte Energie dank der Schwäche des Dollars nur mäßig. Der EU-Beitritt am 1. Mai 2004 löste einen Wachstumsimpuls aus, insbesondere für die Landwirtschaft und die ihr nachgelagerten Bereiche. Dar- über hinaus haben in den hochentwickelten MOEL die in den letzten Jahren massi- ven Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen weiterhin Strukturwandel, Produkti- vitätsanstieg und eine Steigerung der Exportaktivitäten zur Folge. Dies gilt zuneh- mend auch für die EU-Beitrittskandidatenländer Bulgarien und Rumänien. Die Länder des westlichen Balkan profitierten auch vom politischen Stabilitätsgewinn in dieser Region. Russland und der Ukraine kamen insbesondere die hohen Weltmarktpreise ihrer Hauptexportprodukte Energie und Stahl zugute.

**In fast allen MOEL
Wachstums-
beschleunigung**

Übersicht 1: Prognose für 2005 und 2006

	Bruttoinlandsprodukt, real				Verbraucherpreise ¹⁾				Arbeitslosenquote ²⁾				Leistungsbilanzsaldo ³⁾			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								In %				In % des BIP			
8 neue EU-Länder	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,5	14,7	14,4	14,5	14,0	- 4,4	- 4,3	- 4,5	- 4,3
Tschechien	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,2	7,8	8,3	8,7	9	- 6,3	- 5,2	- 4,8	- 4,4
Ungarn	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,7	+ 6,8	+ 3,9	+ 3,2	5,9	6,1	6,4	6,3	- 8,7	- 8,9	- 8,3	- 7,9
Polen	+ 3,8	+ 5,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,8	+ 3,5	+ 3	+ 3	19,6	19,0	19	18	- 2,2	- 1,5	- 2,5	- 2,5
Slowakei	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,8	+ 8,5	+ 7,5	+ 4	+ 2,5	17,4	18,1	18	17	- 0,8	- 3,5	- 4,7	- 4,0
Slowenien	+ 2,5	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,9	+ 5,6	+ 3,6	+ 3	+ 2,7	6,7	6,3	6	6	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,6
Estland	+ 5,1	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,2	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 2,7	10,0	9,7	9,5	9	- 13,2	- 12,6	- 12,1	- 11,2
Lettland	+ 7,5	+ 8,5	+ 7,2	+ 6,9	+ 2,9	+ 6,2	+ 5,0	+ 3,6	10,6	10,4	9,8	9,5	- 8,2	- 12,3	- 10,5	- 10,0
Litauen	+ 9,7	+ 6,7	+ 6,4	+ 5,9	- 1,2	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,6	12,4	11,4	11,0	10	- 6,9	- 7,2	- 7,8	- 7,5
EU 15	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	7,9	8,0	8,0	7,8	0,4	0,3	0,2	0,3
EU 25	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	8,9	9,0	9,0	8,7	0,1	0,1	0,0	0
Bulgarien	+ 4,3	+ 5,6	+ 5	+ 5	+ 2,3	+ 6,2	+ 4	+ 4	13,7	12,0	11	10	- 9,3	- 7,5	- 6,1	- 5,6
Rumänien	+ 4,9	+ 8,3	+ 5	+ 5,5	+ 15,3	+ 11,9	+ 9	+ 7	7,0	7,5	8	8	- 6,1	- 7,5	- 7,7	- 7,4
Kroatien	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,5	+ 2	14,3	13,8	13,5	13	- 6,9	- 4,6	- 4,4	- 4,6
Albanien	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,5	+ 6,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 4	+ 3	15,0	14,4	14	13,5	- 6,7	- 4,3	- 6,0	- 5,0
Bosnien und Herzegowina	+ 3,0	+ 5	+ 5	+ 5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	42,0	42	42	42	- 24,5	- 23,3	- 21,4	- 19,0
Mazedonien	+ 3,4	+ 2,9	+ 4	+ 4	+ 2,4	+ 0,9	+ 2	+ 2	36,7	37	35	35	- 3,3	- 7,7	- 6,6	- 6,3
Serbien	+ 2,6	+ 7	+ 5	+ 5	+ 9,9	+ 11,4	+ 10	+ 10	14,6	15	15	15	- 9,2	- 13,1	- 14,1	- 12,9
Montenegro	+ 2,5	+ 3	+ 5	+ 5	+ 6,7	+ 4,3	+ 3	+ 2	20,0	20	20	20	- 7,3	- 9,7	- 5,0	- 5,0
Russland	+ 7,3	+ 7,1	+ 5	+ 5,5	+ 13,6	+ 11,0	+ 11	+ 10	8,6	8,0	8,5	9	8,2	10,3	7,2	6,0
Ukraine	+ 9,6	+ 12,1	+ 8	+ 7	+ 5,2	+ 9,0	+ 10	+ 8	9,1	8,6	7,5	7,5	5,8	10,5	9,0	5,7

Q: Nationale Statistiken; Europäische Kommission, "Spring 2005 Economic Forecasts", April 2005. 2004: vorläufige Zahlen, 2005 und 2006: Prognose des wiiw (baltische Staaten, EU 15, EU 25 laut Europäischer Kommission 2005). - ¹⁾ Bosnien und Herzegowina, Mazedonien: Einzelhandelspreise. - ²⁾ Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. Albanien, Bosnien und Herzegowina: registrierte Arbeitslose; Jahresende. - ³⁾ 8 neue EU-Länder, EU 15 und EU 25: einschließlich der Leistungsbilanzflüsse innerhalb der Region.

Transformationskrise überwunden, aber teils Deindustrialisierung

Mit Ausnahme von Lettland und Litauen hat das Bruttoinlandsprodukt in den neuen EU-Ländern Osteuropas sein Niveau vor Beginn der Transformation mittlerweile überschritten (Übersicht 2). 2004 war das reale BIP in Tschechien um 15% höher als 1990, in Estland um 16%, in der Slowakei und in Ungarn um 24% und in Slowenien um 36%. In Polen überstieg das BIP 2004 das Niveau von 1989 um 42%. Auch die Industrieproduktion lag in einigen Ländern über dem Niveau von 1989 (Übersicht 3). Dabei ergab sich für Ungarn und Polen (167% bzw. 159% des Niveaus von 1989) die mit großem Abstand höchste Steigerung. Die Industrie, die ja unter allen Sektoren dem internationalen Wettbewerb am meisten ausgesetzt ist, hat sich demnach in diesen Ländern an die Bedingungen einer Marktwirtschaft erfolgreich angepasst.

Auch in Südosteuropa lag das BIP mittlerweile entweder über dem Niveau von 1990 (Albanien, Rumänien und Kroatien) oder nur wenig darunter (Bulgarien und Mazedonien). Die Transformation ist demnach in diesen Ländern ebenfalls weitgehend vollzogen, und die Probleme sind eher dem Entwicklungsrückstand zuzuschreiben. Allerdings blieb die Industrieproduktion in diesen Ländern (wie auch in Litauen und Lettland) weit unter dem Niveau von 1989 (-30% bis -40% in Bulgarien, Rumänien und Kroatien und sogar -50% in Albanien, Mazedonien und Serbien).

Die Diskrepanz zwischen der relativ günstigen Entwicklung des BIP einerseits und der massiven Deindustrialisierung andererseits zeigt das Ausmaß des Strukturwandels in diesen Ländern und die bislang mangelnde Fähigkeit ihrer Industrie, sich an das neue Umfeld anzupassen. Gleichzeitig ist jedoch diese Deindustrialisierung nicht in jedem Fall negativ zu interpretieren: Im planwirtschaftlichen System war das hohe Volumen der Industrieproduktion zum Teil auf die überhöhte Erzeugung von Investitions- und Rüstungsgütern zurückzuführen, die letztlich Ausdruck der dynamischen Ineffizienz des Systems war.

In Russland und der Ukraine, aber auch in Serbien lagen sowohl das BIP als auch die Industrieproduktion 2004 noch wesentlich unter dem Niveau von 1990 bzw. 1989.

In den meisten MOEL ist die Transformationskrise bereits weitgehend überwunden. In Südosteuropa, Litauen und Lettland hatte sie aber eine gravierende Deindustrialisierung zur Folge.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau 2004 im internationalen Vergleich

	Zu laufenden Wechselkursen (WK)	Bruttoinlandsprodukt Zu Kaufkraftparitäten (KKP)		Real 1990 = 100	Preisniveau Relativ zur EU 25 (KKP/WK) In %
		Mrd. €	Pro Kopf, EU 25 = 100		
8 neue EU-Länder	458	876	54	137	52
Tschechien	86	159	70	115	54
Ungarn	80	139	62	124	58
Polen	195	404	47	142 ¹⁾	48
Slowakei	33	65	54	124	51
Slowenien	26	35	78	136	74
Estland	9	15	51	116	58
Lettland	11	23	44	86	49
Litauen	18	37	48	95	49
Bulgarien	19	53	31	97	37
Rumänien	59	153	32	106	39
Kroatien	28	46	46	102	60
Albanien	7	15	20	144	45
Bosnien und Herzegowina	7	17	27	.	39
Mazedonien	4	12	26	94	37
Serbien	18	42	25	58	42
Russland	468	1.192	37	85	39
Ukraine	52	299	28	61	17
EU 25	10.218	10.218	100	131	100
EU 15	9.743	9.322	109	131	105
Deutschland	2.177	1.978	107	124	110
Österreich	235	220	121	135	107
Griechenland	165	203	82	149	81
Portugal	135	172	73	134	79
Spanien	799	895	98	144	89
USA	9.434	10.438	159	152	90
Japan	3.755	3.388	119	115	111

Q: wiw, Eurostat. – ¹⁾ 1989 = 100, da für Polen 1989 das adäquate Bezugsjahr ist.

Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2004	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real							1989 = 100	1995 = 100
8 neue EU-Länder ¹⁾	+ 8,1	+ 3,7	+ 2,9	+ 7,2	+ 9,7	+ 7,7	+ 8,2	154,9 ²⁾	164,9
Tschechien	+ 5,4	+ 6,5	+ 4,8	+ 5,8	+ 9,9	+ 9	+ 9	105,9	143,5
Ungarn	+ 18,1	+ 3,6	+ 2,8	+ 6,4	+ 8,3	+ 7	+ 10	166,8	206,9
Polen ³⁾	+ 6,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 8,3	+ 11,6	+ 8	+ 8	159,4	170,0
Slowakei	+ 8,4	+ 7,6	+ 6,7	+ 5,3	+ 4,2	+ 5	+ 7	112,6	147,1
Slowenien	+ 6,2	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 4,8	+ 3	+ 3	89,9	125,2
Estland	+ 14,6	+ 8,9	+ 8,2	+ 11,0	+ 7,5	+ 7,5	+ 7	90,6 ²⁾	188,7
Lettland	+ 4,7	+ 9,2	+ 8,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 6	+ 5,5	63,3	163,8
Litauen	+ 2,2	+ 16,0	+ 3,1	+ 16,1	+ 10,3	+ 10	+ 9,5	56,2 ²⁾	163,1
Bulgarien	+ 8,3	+ 1,5	+ 6,5	+ 8,3	+ 17,7	+ 12	+ 10	60,9	107,8
Rumänien	+ 7,1	+ 8,3	+ 4,3	+ 3,1	+ 5,3	+ 5	+ 5	60,9	109,0
Kroatien	+ 1,7	+ 6,0	+ 5,4	+ 4,1	+ 3,7	+ 2,5	+ 3	68,6	138,1
Albanien ⁴⁾	+ 0,5	+ 7,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,1	+ 4	+ 5	43,8 ²⁾	165,5
Bosnien und Herzegowina ⁵⁾	+ 7,9	+ 4,9	+ 5,7	+ 5,1	+ 12	+ 10	+ 10	.	.
Mazedonien	+ 3,0	- 3,1	- 5,3	+ 4,7	- 12,7	+ 3	+ 5	39,6	92,2
Serbien ⁶⁾	+ 11,4	+ 0,1	+ 1,8	- 3,0	+ 7,1	+ 5	+ 5	.	.
Russland	+ 11,9	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,5	+ 4	70,5	142,2
Ukraine	+ 13,2	+ 14,3	+ 7,0	+ 15,8	+ 12,5	+ 10	+ 10	92,0	175,6

Q: Nationale Statistiken; 2004: vorläufige Zahlen, 2005 und 2006: Prognose des wiw. – ¹⁾ Schätzung des wiw. – ²⁾ 1990 = 100. – ³⁾ Umsätze. – ⁴⁾ Auf Wertschöpfungsbasis. – ⁵⁾ wiw-Schätzung; Föderation Bosnien und Herzegowina sowie Republika Srpska: gewichtet. – ⁶⁾ Ohne Kleinunternehmen; ohne Kosovo und Metohia.

Gemessen am BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten verringerte sich der Rückstand der MOEL gegenüber der EU 15 weiter (Übersicht 2). Die acht neuen EU-Länder erreichten 2004 54% des Durchschnitts der EU 25. Dabei war die Bandbreite zwischen den neuen EU-Ländern relativ groß – sie reichte von 78% des EU-Durchschnitts in Slowenien bis zu 44% in Lettland. Albanien war mit nur 20% des EU-Durchschnitts das ärmste der hier untersuchten MOEL.

Wachstum von Inlandsnachfrage getragen

In den meisten MOEL wurde die Konjunktur 2004 vor allem von der Inlandsnachfrage getragen (Übersicht 4). Unter den neuen EU-Ländern Osteuropas leistete der Außenhandel nur in Polen und Ungarn einen positiven Beitrag zum Wachstum. Auch in der Slowakei, deren Wirtschaft 2003 fast ausschließlich dank des Exportbooms gewachsen war, erhöhten sich die Nettoexporte 2004 nicht mehr. Dies war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass der wichtigste Exporteur des Landes, das Autowerk VW – Bratislava, seine Produktion bereits 2003 erheblich ausgeweitet hatte und 2004 kaum weiter steigerte.

Übersicht 4: Beiträge zum BIP-Wachstum

Verwendungsseite

	Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen Prozentpunkte	Außenbeitrag	BIP, real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen Prozentpunkte	Außenbeitrag	BIP, real Veränderung gegen das Vorjahr in %
Tschechien								
2000	+ 1,6	+ 1,5	- 1,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 1,9	+ 0,5	+ 5,2
2001	+ 2,2	+ 1,6	- 2,2	+ 2,6	+ 4,0	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,8
2002	+ 2,5	+ 1,1	- 2,7	+ 1,5	+ 6,3	+ 2,0	- 2,1	+ 3,5
2003	+ 3,6	+ 1,5	- 1,5	+ 3,7	+ 5,6	+ 0,9	- 2,6	+ 3,0
2004	+ 0,6	+ 2,9	- 0,5	+ 4,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 0,8	+ 4,0
Polen								
2000	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 4,0	- 0,1	- 2,0	+ 1,9	+ 2,0
2001	+ 1,4	- 2,2	+ 2,9	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,6	- 3,7	+ 3,8
2002	+ 2,2	- 1,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	- 0,2	- 0,1	+ 4,6
2003	+ 1,9	- 0,1	+ 1,8	+ 3,8	+ 0,2	- 0,4	+ 6,5	+ 4,5
2004	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 5,3	+ 2,1	+ 0,6	- 0,8	+ 5,5
Slowakei								
2000	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 4,0	- 0,1	- 2,0	+ 1,9	+ 2,0
2001	+ 1,4	- 2,2	+ 2,9	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,6	- 3,7	+ 3,8
2002	+ 2,2	- 1,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	- 0,2	- 0,1	+ 4,6
2003	+ 1,9	- 0,1	+ 1,8	+ 3,8	+ 0,2	- 0,4	+ 6,5	+ 4,5
2004	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 5,3	+ 2,1	+ 0,6	- 0,8	+ 5,5
Slowenien								
2000	+ 0,7	+ 0,2	+ 2,4	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,6	- 3,3	+ 5,4
2001	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,3	- 5,0	+ 4,1
2002	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,9
2003	+ 2,0	+ 1,8	- 2,4	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,1	- 7,0	+ 4,3
2004	+ 2,2	+ 2,0	- 0,3	+ 4,6	+ 4,2	+ 3,0	- 3,0	+ 5,6
Rumänien								
2000	+ 1,2	+ 1,2	- 3,8	+ 2,1	+ 2,1	- 0,9	+ 3,2	+ 2,9
2001	+ 5,6	+ 2,3	- 5,2	+ 5,7	+ 1,1	+ 1,5	- 1,4	+ 4,4
2002	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 5,0	+ 4,1	+ 2,7	- 4,2	+ 5,2
2003	+ 6,0	+ 2,2	- 5,3	+ 4,9	+ 2,5	+ 4,0	- 1,5	+ 4,3
2004	+ 8,9	+ 2,2	- 3,1	+ 8,3	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 3,8
Kroatien								
2000	+ 1,2	+ 1,2	- 3,8	+ 2,1	+ 2,1	- 0,9	+ 3,2	+ 2,9
2001	+ 5,6	+ 2,3	- 5,2	+ 5,7	+ 1,1	+ 1,5	- 1,4	+ 4,4
2002	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 5,0	+ 4,1	+ 2,7	- 4,2	+ 5,2
2003	+ 6,0	+ 2,2	- 5,3	+ 4,9	+ 2,5	+ 4,0	- 1,5	+ 4,3
2004	+ 8,9	+ 2,2	- 3,1	+ 8,3	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 3,8

Q: Ameco, Eurostat.

In Polen, der Slowakei, den baltischen Staaten sowie in Bulgarien, Rumänien und Kroatien war der Konsum der Hauptmotor des Wachstums, oft stimuliert durch die expandierende Kreditvergabe der Banken. Die Beeinträchtigung der Realeinkommen der privaten Haushalte durch die (vorübergehend) höhere Inflation dämpfte den privaten Konsum in Polen, den baltischen Ländern und Bulgarien nach offiziellen Informationen nicht.

Im Gegensatz dazu trugen in Ungarn und insbesondere in Tschechien vor allem die Investitionen zum BIP-Wachstum bei. In Tschechien spiegelt diese Entwicklung einerseits die aus EU-Geldern finanzierten umfangreichen Infrastrukturprojekte wider, an-

dererseits aber die lebhafte Entwicklung der privaten Wohnbauinvestitionen. In Ungarn gab der Konsum 2004 deutlich nach, da die expansive Fiskalpolitik früherer Jahre, die vor allem die Importe von Konsumgütern angeheizt hatte, aufgegeben werden musste.

In Russland und der Ukraine nahmen die Nettoexporte erneut zu, während sowohl der private Konsum als auch die Investitionen (vor allem in der Ukraine) weiter stürmisch gesteigert wurden.

Der Anstieg der Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in die MOEL um etwa 37% gegenüber dem Vorjahr (auf Euro-Basis) stand 2004 in deutlichem Kontrast zu ihrer weltweiten Stagnation und war Ausdruck der lebhaften Wirtschaftsdynamik in der Region.

Insbesondere in den acht neuen EU-Ländern belebten sich die Direktinvestitionen, nachdem sie im Jahr 2003 beträchtlich zurückgegangen waren (Übersicht 5). Dies war zumindest teilweise dem EU-Beitritt dieser Länder zuzuschreiben. Sie bieten im Vergleich mit der EU 15 weiterhin eine Kombination von billigen und gleichzeitig hochqualifizierten Arbeitskräften sowie einer niedrigeren Steuerbelastung bei räumlicher Nähe zu den westeuropäischen Märkten.

Ausländische Direktinvestitionen steigen entgegen dem allgemeinen Trend

Übersicht 5: Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen

Laut Zahlungsbilanz

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Mio. €										
8 neue EU-Länder	9.185	8.348	10.686	14.457	17.430	22.258	20.488	24.063	9.460	15.052	16.700
Tschechien	1.982	1.140	1.152	3.317	5.933	5.404	6.296	9.012	1.863	3.596	4.000
Ungarn	3.696	2.625	3.681	2.988	3.106	2.998	4.391	3.185	1.909	3.365	3.500
Polen	2.831	3.592	4.343	5.676	6.824	10.334	6.372	4.371	3.660	4.892	5.000
Slowakei	209	305	205	629	402	2.089	1.768	4.397	506	891	2.000
Slowenien	117	138	295	194	99	149	412	1.750	299	422	200
Estland	156	120	236	511	284	425	603	307	797	742	800
Lettland	138	305	462	317	325	447	147	269	267	522	500
Litauen	56	122	313	824	457	412	499	772	160	623	700
Bulgarien	70	137	570	605	866	1.103	903	980	1.851	2.114	2.000
Rumänien	324	210	1.077	1.763	964	1.147	1.294	1.212	1.946	4.098	3.500
Kroatien	88	408	476	833	1.381	1.178	1.746	1.196	1.779	871	1.000
Albanien	54	71	42	40	39	155	232	151	158	275	400
Bosnien und Herzegowina	.	.	.	60	166	159	133	282	338	400	500
Mazedonien	7	9	27	114	31	189	493	83	84	122	200
Serbien ¹⁾	.	.	653	101	105	55	186	502	1.197	775	1.000
Russland	1.597	1.992	4.303	2.424	3.105	2.933	3.069	3.660	7.042	9.388	7.000
Ukraine	204	411	549	658	466	644	884	734	1.260	1.380	1.500
MOEL	11.529	11.586	18.383	21055	24.553	29.821	29.428	32.862	25.114	34.475	33.800

Q: Nationalbanken der jeweiligen Länder, 2005: Prognose des wiw. – ¹⁾ Bis 1999 Serbien und Montenegro; Direktinvestitionen netto.

Der Grossteil der Direktinvestitionen fließt in diesen Ländern nach wie vor in den Dienstleistungssektor, wenngleich auch dort mit zunehmender Exportorientierung¹⁾. Für die arbeitsintensive Textilindustrie hat die Region mittlerweile wegen der steigenden Löhne an Attraktivität verloren. Dies gilt jedoch nicht für die technologisch anspruchsvolleren Branchen wie Auto- und Elektroindustrie. Die Slowakei etwa, die in der Vergangenheit weniger Direktinvestitionen angezogen hatte als Tschechien oder Ungarn, etabliert sich zunehmend als einer der größten Autoproduzenten Europas; in den kommenden Jahren besteht hier ein beträchtliches Aufholpotential für ausländische Investitionen.

¹⁾ Jüngste Beispiele sind die Verlagerung von DHL nach Tschechien und von Avis nach Ungarn.

Übersicht 6: Bestand an ausländischen Direktinvestitionen

Laut internationaler Vermögensposition

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Mio. €									
8 neue EU-Länder	24.396	32.073	44.867	58.348	78.601	100.509	126.971	140.283	144.331	164.615
Tschechien	5.741	6.910	8.367	12.255	17.479	23.323	30.717	36.884	35.852	41.415
Ungarn	8.817	10.692	16.285	17.760	23.041	24.578	31.045	34.575	38.313	44.226
Polen	6.121	9.228	13.205	19.231	25.947	36.792	46.686	46.139	43.827	48.000
Slowakei	1.013	1.650	1.888	2.464	3.174	5.112	6.327	8.185	9.504	10.500
Slowenien	1.376	1.612	2.000	2.370	2.675	3.110	2.952	3.968	5.070	5.500
Estland	574	665	1.040	1.561	2.454	2.843	3.573	4.035	5.164	6.987
Lettland	480	754	1.140	1.325	1.782	2.241	2.648	2.679	2.634	3.298
Litauen	274	564	942	1.384	2.050	2.509	3.023	3.818	3.968	4.690
Bulgarien	273	360	806	1.362	2.392	2.426	3.129	3.530	4.024	6.000
Rumänien	642	885	2.128	3.783	5.447	6.966	8.656	7.482	10.159	13.193
Kroatien	292	699	1.175	1.622	2.568	3.821	4.798	6.634	8.382	9.544
Albanien	172	243	285	326	364	519	751	902	1.060	1.335
Bosnien und Herzegowina	.	.	.	60	225	384	517	799	1.136	1.537
Mazedonien	28	37	63	177	208	397	890	973	1.057	1.179
Serbien	.	.	653	754	859	914	1.100	1.602	2.799	3.574
Russland	3.214	5.206	9.509	11.933	15.038	34.693	63.085	69.525	69.407	78.000
Ukraine	639	1.050	1.599	2.257	2.723	4.164	5.448	5.709	6.004	7.500
MOEL	29.655	40.553	61.087	80.622	108.424	154.793	215.345	237.438	248.359	286.477

Q: Nationalbanken der jeweiligen Länder. Kumulierte Direktinvestitionszuflüsse Bulgarien bis 1997, Kroatien bis 1997, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Russland bis 1999, Ukraine bis 1999. Serbien: kumulierte Neftdirektinvestitionen. Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Russland, Ukraine: 2004 wiw-Schätzung.

Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in die neuen EU-Länder, nach Bulgarien und Rumänien bewirken zunehmend eine Ausweitung der Produktionskapazitäten, während sie in den westlichen Balkanländern immer noch vor allem der Übernahme von Unternehmen im Rahmen von Privatisierungen dienen.

In den EU-Beitrittskandidatenländern Bulgarien und Rumänien hielt der bereits 2003 beobachtete Aufschwung der Zuflüsse an Direktinvestitionen 2004 an. Die Mittel flossen nicht nur in neugegründete Klein- und Mittelbetriebe in der Textilindustrie, im Einzelhandel und im Bausektor, sondern auch in große Privatisierungsprojekte wie z. B. Raffinerien in Rumänien (an die OMV) oder Telekommunikationsunternehmen in Bulgarien (an Telekom Austria). Die ausländischen Direktinvestitionen tragen wesentlich zur Umstrukturierung der Volkswirtschaften dieser Länder bei und erhöhen somit deren Wettbewerbsfähigkeit. In den anderen Balkanländern waren sie nach wie vor primär durch Privatisierungen bedingt, wie z. B. die Übernahme der größten albanischen Geschäftsbank durch die Raiffeisen Zentralbank.

Russland und die Ukraine erscheinen für ausländische Investoren weiterhin relativ wenig interessant, obwohl beide Länder mittlerweile an die EU grenzen. Die Zuflüsse an Direktinvestitionen stiegen 2004 zwar etwas, sind aber gemessen an der Größe der Volkswirtschaften immer noch niedrig. Diese Entwicklung ist einerseits auf die schleppende Umsetzung der institutionellen Reformen und die verbreitete Korruption zurückzuführen, andererseits aber auch auf die Weigerung beider Länder, strategische Bereiche wie z. B. Energiegewinnung oder Banken in Russland und Metallurgie in der Ukraine an ausländische Investoren zu verkaufen. Auch die bereits vollzogene De-facto-Verstaatlichung des Rohölunternehmens Jukos in Russland und die angekündigte Renationalisierung des Stahlwerks Krivorischstal in der Ukraine tragen wenig zur Verbesserung des Investitionsklimas in diesen Ländern bei.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem in Südosteuropa

Übersicht 7 zeigt ein zunehmend divergierendes Bild der MOEL im Bereich der öffentlichen Haushalte. Mit Abstand am besten ist die Lage in Russland: Vor allem die regelmäßig nach oben angepassten Exportzölle für Energieträger ermöglichten im Jahr 2004 einen Überschuss von 4,5% des BIP. Anfang 2004 war ein Stabilisierungsfonds eingerichtet worden, der die Auswirkungen von Rohölpreisschwankungen auf die heimische Wirtschaft glätten soll und bei einem Weltmarktpreis von über 20 \$ je Barrel Einnahmen erwirtschaftet. Bis Ende März 2005 erreichte er eine Höhe von 700 Mrd. Rubel. Russland zahlt seine öffentlichen Auslandsschulden vorzeitig zurück.

Übersicht 7: Staatshaushalt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	In % des BIP						
<i>Finanzierungssaldo des Staates</i>							
<i>Laut EU-Methode</i>							
Tschechien	- 3,7	- 5,9	- 6,8	- 11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0
Ungarn	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1
Polen	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8
Slowakei	- 12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0
Slowenien	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1
Estland	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5
Lettland	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5
Litauen	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Bulgarien	- 0,5	1,2	- 0,1	0,6	1,4	- 0,5	0,0
Rumänien	.	- 3,5	- 2,0	- 2,0	- 1,4	- 2,4	- 2,6
Kroatien	.	.	.	- 6,3	- 5,0	- 4,3	- 3,9
<i>Laut nationaler Methode</i>							
Albanien	- 7,5	- 6,6	- 5,6	- 4,6	- 5,1	.	.
Bosnien und Herzegowina	- 7,0	- 3,3	- 0,2	0,8	.	.	.
Mazedonien	2,3	- 6,3	- 5,6	- 1,6	- 1,3	.	.
Russland	1,9	3,0	0,9	1,3	4,5	.	.
Ukraine	0,6	- 0,3	0,7	- 0,2	- 3,4	.	.
<i>Staatsverschuldung</i>							
<i>Laut EU-Methode</i>							
Tschechien	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Polen	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Estland	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Bulgarien	73,6	66,2	54,0	46,3	38,8	32,5	29,8
Rumänien	23,9	23,2	23,3	21,3	18,5	19,1	19,6
Kroatien	.	.	.	51,6	53,8	53,2	52,5
<i>Laut nationaler Methode</i>							
Albanien	41,0	39,4	38,5	37,7	.	.	.
Bosnien und Herzegowina	58,8	48,2	42,2	34,0	.	.	.
Mazedonien
Russland	57,1	44,1	37,0	28,6	21,9	.	.
Ukraine	45,3	36,5	33,5	29,4	26,5	.	.

Q: 8 neue EU-Länder und Beitrittskandidatenländer: Europäische Kommission, "Spring 2005 Economic Forecasts", April 2005; nationale Statistiken. 2005 und 2006: Prognose.

Auch der öffentliche Sektor von Bulgarien und Estland erwirtschaftete 2004 Überschüsse (Estland bereits seit 2001). Beide Länder müssen so wie Litauen ihre öffentlichen Haushalte entsprechend den Vorgaben des Currency-Board-Regime unter strenger Kontrolle halten. Relativ klein ist das öffentliche Defizit in Litauen, Lettland und Slowenien. Die kumulierte Staatsverschuldung und somit auch die Zinszahlungen dieser Länder sind besonders niedrig²⁾.

In den meisten südosteuropäischen Ländern (außer Kroatien) hatten die (oft von den internationalen Organisationen konzipierten) Konsolidierungsprogramme der letzten Jahre einen erheblichen Abbau der hohen öffentlichen Defizite zur Folge, wenn auch gelegentlich auf Kosten des Wirtschaftswachstums, wie z. B. in Mazedonien. In der Ukraine war der jüngste Anstieg des Budgetdefizits auf über 3% des BIP vor allem der expansiven Fiskalpolitik vor den Präsidentschaftswahlen zuzuschreiben; er ist aber angesichts des hohen Wirtschaftswachstums in diesem Land derzeit noch kein Anlass zur Sorge.

Hingegen ist die Lage der öffentlichen Haushalte in den meisten neuen mitteleuropäischen EU-Ländern (außer Slowenien) nach wie vor angespannt³⁾. Der Wegfall der verbliebenen Zölle im Handel mit der EU 15 und untereinander, die Senkung der Zoll-

²⁾ Diese Länder entstanden als kleinere Nachfolgestaaten der UdSSR und Jugoslawiens, ohne die öffentliche Verschuldung des Vorgängerstaates zu übernehmen.

³⁾ In Tschechien ist die Verringerung des Budgetdefizits auf nur 3% des BIP im Jahr 2004 weitgehend durch einen statistischen Effekt zu erklären: Die außerordentlich hohe Zahl für 2003 (11,7% des BIP) resultierte aus der Umbuchung der Verbindlichkeiten des Staates, die im Rahmen der Konsolidierung insbesondere des Bankensektors entstanden waren.

Mehrere südosteuropäische Länder erzielten in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Dennoch ist das Defizit des Staatshaushaltes in den meisten neuen mitteleuropäischen EU-Ländern nach wie vor hoch.

sätze für Importe aus Drittländern (außer in den baltischen Staaten) sowie die Senkung der Körperschaftsteuersätze dämpften zum Teil die öffentlichen Einnahmen, obwohl die Erträge aus indirekten Steuern im Zuge der Anpassung an die EU-Richtlinien stiegen. Wegen der bereits relativ großen öffentlichen Verschuldung und der hohen Zinssätze leisten einige dieser Länder (vor allem Ungarn) einen hohen Schuldendienst.

Die neuen EU-Länder profitieren zwar von den Transfers aus Brüssel, doch fließen diese Mittel nur teilweise an die öffentlichen Haushalte. Die Beitragszahlungen an die EU (von etwa 1% des BIP) hingegen belasten die nationalen Budgets in vollem Umfang. Zudem ist die Finanzierung vieler Projekte durch die EU an die Kofinanzierung mit nationalen Mitteln gebunden. Vor diesem Hintergrund ist eine Verringerung der öffentlichen Defizite auf unter 3% des BIP (wie sie der Stabilitäts- und Wachstumspakt für den späteren Eintritt in die Währungsunion fordert) in den kommenden Jahren wenig wahrscheinlich.

EU-Beitritt gut gemeistert

Der EU-Beitritt von acht MOEL am 1. Mai 2004 hatte positive Auswirkungen vor allem auf die Landwirtschaft der neuen Mitgliedsländer und löste bislang keine nennenswerten Migrationsströme in die EU 15 aus. Die Inflation beschleunigte sich aber in den neuen EU-Ländern vorübergehend.

Der Beitritt von acht MOEL zur EU war insgesamt gut vorbereitet. In den meisten Gütergruppen war der Handel zwischen diesen Ländern und der EU 15 bereits zuvor liberalisiert worden; mit dem 1. Mai 2004 fielen die letzten Handelshemmnisse vor allem im Agrarbereich. Insgesamt ist die Landwirtschaft vom EU-Beitritt überdurchschnittlich betroffen, da sie in die Gemeinsame Agrarpolitik der EU integriert wurde. Einerseits stiegen dadurch die Produzentenpreise beträchtlich, andererseits wurden die Exporte von landwirtschaftlichen Gütern (vor allem von Zwischenprodukten und insbesondere aus Polen) in die anderen EU-Länder außerordentlich kräftig gesteigert. Darüber hinaus profitierten die Landwirte in den neuen EU-Ländern von Direktzahlungen aus dem EU-Haushalt, auch wenn diese 2004 – nominell, nicht gemessen an der Kaufkraft – bei nur 25% des Niveaus in der EU 15 lagen.

Der Zustrom von billigen Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern in jene Länder der EU 15, die ihren Arbeitsmarkt sofort geöffnet haben (Großbritannien, Irland und Schweden), war bisher geringer als erwartet. (In den anderen EU-Ländern gelten für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte bis zu sieben Jahre lang Übergangsbestimmungen.)

Die geringe Mobilität der Arbeitskräfte aus den MOEL ist umso erstaunlicher, als gegenüber Westeuropa noch immer ein beträchtliches Einkommensgefälle besteht und die heimische Arbeitsmarktlage vor allem in Polen und der Slowakei weiterhin angespannt ist (Übersicht 1). In beiden Ländern liegt die Arbeitslosenquote (nach dem Labour-Force-Konzept) nur unwesentlich unter 20%.

Ein Nebeneffekt des EU-Beitritts war ein vorübergehender Anstieg der Inflation in den MOEL: Mit Ausnahme von Slowenien und der Slowakei war die Inflation auf der Verbraucherebene in den MOEL 2004 um 2 bis 3 Prozentpunkte höher als im Jahr zuvor (Übersicht 1). Infolge der Handelsliberalisierung näherten sich die Preise einiger Lebensmittel wie etwa Zucker an das Niveau der EU 15 an; die Anpassung indirekter Steuern nach oben hatte eine ähnliche Wirkung. Zusätzlich verstärkte die Verteuerung der Energieträger die Inflation. Die Wirtschaft der neuen EU-Länder ist erdölintensiver als die der EU 15. Dies ist nicht so sehr der technischen Ineffizienz, sondern vor allem der Tatsache zuzuschreiben, dass die Produkte aus den neuen EU-Ländern im internationalen Vergleich billig sind, obwohl die zu ihrer Erzeugung erforderliche Energie zu Weltmarktpreisen importiert werden muss.

Kapitalzuflüsse und Aufwertung stellen Wettbewerbsfähigkeit auf die Probe

Der Beitritt zur EU und die dadurch bedingte Verringerung von (insbesondere) politischen Risiken hatte nicht nur einen Anstieg der Direktinvestitionen, sondern auch der Portfolioinvestitionen und sonstigen Kapitalzuflüsse nach Tschechien, Ungarn, Polen und in die Slowakei zur Folge. Dabei scheint die positive Zinsdifferenz zum Euro-Raum eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben: Mit 7% bis 9% waren die Zinssätze in Polen und Ungarn zwar deutlich höher als im Euro-Raum, doch verzeichnete auch Tschechien, wo der Zinssatz unter dem des Euro-Raums lag, kräftige Kapitalzuflüsse. Wegen des Regimes flexibler Wechselkurse, wie es in allen vier Ländern etabliert ist,

hatte diese Entwicklung eine nominelle und (aufgrund der Inflationsdifferenz) eine noch stärkere reale Aufwertung gegenüber dem Euro zur Folge (Abbildungen 1 und 2). Die von den Zentralbanken dieser Länder betriebene Politik der schrittweisen Zinssatzsenkung (nur in Polen wurde der Zinssatz angesichts der vermeintlichen Inflationsgefahr unlängst angehoben) richtete gegen den Aufwertungstrend nur wenig aus.

Abbildung 1: Nominelle Wechselkurse



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Übersicht 8: Außenhandel insgesamt

Laut Zollstatistik

		2000	2001	2002 Mio. €	2003	2004	2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2004
8 neue EU-Länder	Exporte	128.096	146.877	158.470	171.964	208.024	+ 8,5	+ 21,0
	Importe	161.422	177.858	187.673	198.780	233.405	+ 5,9	+ 17,4
	Exporte in % der Importe	79,4	82,6	84,4	86,5	89,1	.	.
Tschechien	Exporte	31.483	37.251	40.726	43.051	53.714	+ 5,7	+ 24,8
	Importe	34.876	40.675	43.025	45.243	54.414	+ 5,2	+ 20,3
	Exporte in % der Importe	90,3	91,6	94,7	95,2	98,7	.	.
Ungarn	Exporte	30.545	34.082	36.523	38.041	44.079	+ 4,2	+ 15,9
	Importe	34.856	37.654	39.939	42.189	47.933	+ 5,6	+ 13,6
	Exporte in % der Importe	87,6	90,5	91,4	90,2	92,0	.	.
Polen	Exporte	34.383	40.375	43.400	47.511	60.015	+ 9,5	+ 26,3
	Importe	53.122	56.223	58.307	60.288	71.606	+ 3,4	+ 18,8
	Exporte in % der Importe	64,7	71,8	74,4	78,8	83,8	.	.
Slowakei	Exporte	12.880	14.115	15.270	19.359	22.352	+ 26,8	+ 15,5
	Importe	13.860	16.488	17.517	19.924	23.525	+ 13,7	+ 18,1
	Exporte in % der Importe	92,9	85,6	87,2	97,2	95,0	.	.
Slowenien	Exporte	9.505	10.349	10.966	11.288	12.539	+ 2,9	+ 11,1
	Importe	10.996	11.345	11.578	12.242	13.701	+ 5,7	+ 11,9
	Exporte in % der Importe	86,4	91,2	94,7	92,2	91,5	.	.
Estland	Exporte	3.445	3.698	3.642	3.996	4.698	+ 9,7	+ 17,6
	Importe	4.615	4.798	5.079	5.734	6.736	+ 12,9	+ 17,5
	Exporte in % der Importe	74,6	77,1	71,7	69,7	69,7	.	.
Lettland	Exporte	2.020	2.233	2.418	2.560	3.175	+ 5,8	+ 24,0
	Importe	3.453	3.913	4.287	4.635	5.615	+ 8,1	+ 21,1
	Exporte in % der Importe	58,5	57,1	56,4	55,2	56,5	.	.
Litauen	Exporte	3.837	4.775	5.524	6.158	7.451	+ 11,5	+ 21,0
	Importe	5.644	6.762	7.941	8.526	9.875	+ 7,4	+ 15,8
	Exporte in % der Importe	68,0	70,6	69,6	72,2	75,5	.	.
Bulgarien	Exporte	5.253	5.714	6.063	6.668	7.994	+ 10,0	+ 19,9
	Importe	7.085	8.128	8.411	9.611	11.617	+ 14,3	+ 20,9
	Exporte in % der Importe	74,1	70,3	72,1	69,4	68,8	.	.
Rumänien	Exporte	11.273	12.722	14.675	15.614	18.935	+ 6,4	+ 21,3
	Importe	14.235	17.383	18.881	21.201	26.281	+ 12,3	+ 24,0
	Exporte in % der Importe	79,2	73,2	77,7	73,6	72,0	.	.
Kroatien	Exporte	4.818	5.210	5.187	5.468	6.451	+ 5,4	+ 18,0
	Importe	8.588	10.232	11.325	12.546	13.338	+ 10,8	+ 6,3
	Exporte in % der Importe	56,1	50,9	45,8	43,6	48,4	.	.
Mazedonien	Exporte	1.431	1.292	1.181	1.209	1.346	+ 2,4	+ 11,4
	Importe	2.266	1.891	2.111	2.039	2.335	- 3,4	+ 14,5
	Exporte in % der Importe	63,2	68,3	55,9	59,3	57,6	.	.
Serbien	Exporte	1.645	1.897	2.189	2.432	2.942	+ 11,1	+ 21,0
	Importe	3.498	4.756	5.908	6.579	8.829	+ 11,4	+ 34,2
	Exporte in % der Importe	47,0	39,9	37,0	37,0	33,3	.	.
Russland ¹⁾	Exporte	113.672	113.748	113.558	120.195	147.338	+ 5,8	+ 22,6
	Importe	48.552	60.025	64.521	67.265	76.276	+ 4,3	+ 13,4
	Exporte in % der Importe	234,1	189,5	176,0	178,7	193,2	.	.
Ukraine	Exporte	15.771	18.159	19.004	20.397	26.279	+ 7,3	+ 28,8
	Importe	15.104	17.612	17.967	20.356	23.322	+ 13,3	+ 14,6
	Exporte in % der Importe	104,4	103,1	105,8	100,2	112,7	.	.

Q: Nationale Statistiken; 2004: vorläufige Zahlen. Intra-EU-Handel seit 2004 laut Intrastat. – ¹⁾ Einschließlich Schätzung des nicht registrierten Handels.

In Polen wurden die negativen Auswirkungen der Aufwertung auf die Handelsbilanz vor allem durch einen Produktivitätsanstieg kompensiert, in Tschechien und Ungarn dagegen eher durch eine Qualitätsverbesserung der Exporte.

Vor diesem Hintergrund wuchsen die Warenexporte 2004 dennoch beträchtlich (Übersicht 8) und mit Ausnahme der Slowakei kräftiger als die Warenimporte, die Handelsbilanzdefizite verringerten sich (insbesondere in Tschechien). Zur Exportexpansion trug auch die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten mit der EU 15 bei.

International handelbare Güter bleiben bei Aufwertungstendenzen nur wettbewerbsfähig, wenn ihre Qualität steigt, sodass sie zu höheren Euro-Preisen verkauft werden können, oder bei unveränderter Qualität die Preise in nationaler Währung gesenkt werden, um sie in Euro konstant zu halten. Letzteres ist dann möglich, wenn durch Produktivitätssteigerungen die Stückkosten sinken. Abbildung 3 zeigt, dass die günstige Entwicklung der Arbeitsproduktivität vor allem in Polen eine Rolle spielte: Bei fast stagnierenden Löhnen und trotz der Aufwertung sanken 2004 die Lohnstückkosten in der Industrie auf Euro-Basis. Hingegen dürfte die kräftige Exportausweitung in Tschechien (bei geringerem Rückgang der Lohnstückkosten) und in Ungarn (bei na-

hezu unveränderten Lohnstückkosten) eher auf Qualitätsverbesserungen zurückzuführen sein. In Tschechien deutet darauf auch die Tatsache hin, dass sich die Handelsbilanz nur zu laufenden Preisen, nicht aber zu konstanten Preisen verbesserte – und dies trotz der Verteuerung der Energieimporte. Der Anstieg der Exportpreise könnte daher eine Verbesserung der Produktqualität widerspiegeln. Nur die Slowakei büßte an Wettbewerbsfähigkeit ein, die Lohnstückkosten erhöhten sich auf Euro-Basis deutlich.

Abbildung 2: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2002 in %



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen in der EU.

Die nach wie vor schwache Außenposition dieser Länder (Übersicht 1) ist immer weniger eine Folge von Handelsbilanzproblemen als vielmehr der mit ausländischen Direktinvestitionen erwirtschafteten Gewinne (Teil der Einkommensbilanz), die größtenteils reinvestiert und statistisch als Zuflüsse an Direktinvestitionen erfasst werden.

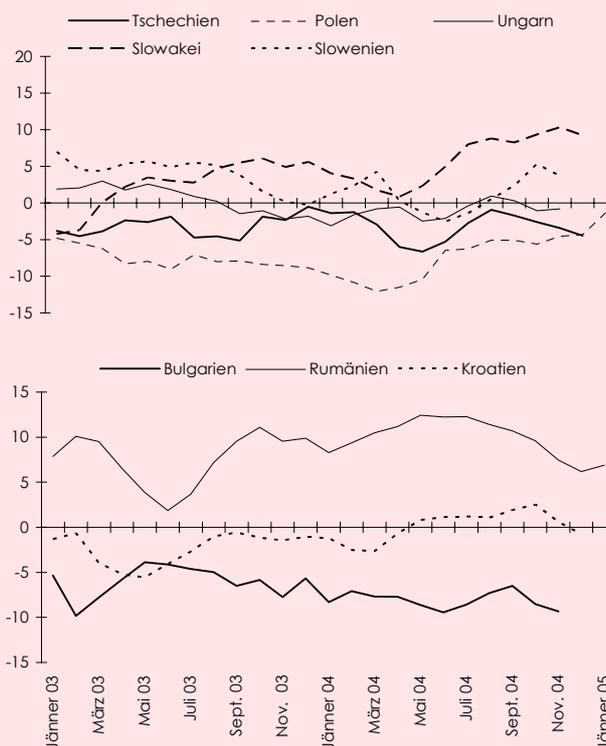
In Ungarn stieg das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2004 auf 8,9% des BIP; es ist hier zu weniger als der Hälfte durch Zuflüsse an Direktinvestitionen gedeckt, sodass das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht die Wirtschaftspolitik vor Handlungsbedarf stellt.

Anders als in den meisten neuen EU-Ländern Mitteleuropas ist in den baltischen Staaten das hohe Leistungsbilanzdefizit (Übersicht 1) weitgehend ein Problem der Handelsbilanz. Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz (der vor allem den Einnahmen aus dem Transit russischer Energieexporte zuzuschreiben ist) kompensiert in allen drei Ländern das enorme Handelsbilanzdefizit nur teilweise. Die Auslandsverschuldung beruht hier allerdings zu einem beträchtlichen Teil auf Verbindlichkeiten der baltischen Filialen schwedischer und finnischer Banken.

Schwache außenwirtschaftliche Position im Baltikum problematisch für Eintritt in die Währungsunion

Abbildung 3: Lohnstückkosten in der Industrie

Veränderung gegen das Vorjahr in %; gleitender Dreimonatsdurchschnitt



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Die baltischen Staaten erfüllen bereits die meisten Maastricht-Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion, doch ihre schwache Außenhandelsposition birgt die Gefahr eines Misalignment.

Für die Ambitionen hinsichtlich einer frühen Teilnahme an der Europäischen Währungsunion⁴⁾ ist die schwache Außenposition jedoch nachteilig, obgleich diese Länder schon heute fast alle formellen Maastricht-Kriterien erfüllen (mit Ausnahme der hohen Inflationsrate in Lettland). Eine irreversible Bindung des derzeit hohen Wechselkurses birgt die Gefahr eines dauerhaften Misalignment und somit von Wachstums- und Beschäftigungseinbußen.

Wenig problematisch dürfte eine Teilnahme an der Währungsunion für Slowenien sein, das ebenfalls im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II beigetreten ist. Die frühere Abwertungs-Inflationsspirale konnte gestoppt werden, wobei die Leistungsbilanz (-0,7% des BIP 2004) weitgehend ausgeglichen blieb.

Preisstabilität in Südosteuropa, Überhitzung in Russland und der Ukraine

Auch ein Großteil der südosteuropäischen Länder stützt sich mittlerweile auf fixe Wechselkursregime. In Kroatien und Mazedonien ist der Wechselkurs seit Jahren an den Euro gebunden; Bulgarien sowie Bosnien und Herzegowina haben ein Currency-Board-Regime mit Anbindung an den Euro installiert; in Montenegro und Kosovo ist der Euro sogar offizielles Zahlungsmittel. Auch Rumänien und Albanien sind in den letzten Jahren zu einem festeren Wechselkursregime übergegangen. Das System fester Wechselkurse bewährte sich insofern, als es die Inflationserwartungen dämpfte und letztlich zur Preisstabilität in den meisten Ländern der Region beitrug. Der Preisauftrieb ist in der Region allgemein kein Problem mehr und verringerte sich selbst im früheren Hochinflationsland Rumänien weiter (Übersicht 1). Nur in Serbien, das kürzlich die Wechselkursbindung an den Euro zugunsten eines Crawling-Peg aufgab, beschleunigte sich die Inflation Ende 2004.

Gleichzeitig hatten jedoch feste Wechselkurse und die damit verbundene passive Geldpolitik entweder eine Dämpfung des Wachstums (vor allem in Mazedonien, wo

⁴⁾ Estland und Litauen, die bereits in der Vergangenheit ein Currency-Board-Regime gegenüber dem Euro hatten, nehmen seit Juni 2004 am Europäischen Wechselkursmechanismus II teil und wollen spätestens Anfang 2007 in die Währungsunion eintreten. Lettland nimmt seit Mai 2005 am Europäischen Wechselkursmechanismus II teil und könnte 2008 den Euro als Zahlungsmittel übernehmen.

die wachstumshemmende Wirkung durch die restriktive Fiskalpolitik noch verstärkt wurde) oder eine markante Verschlechterung der Außenposition zur Folge (in den Ländern mit hohem Wachstum). In Kroatien traten beide Effekte gleichzeitig auf. Hier gibt, wie auch in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien die rasch wachsende Auslandsverschuldung Anlass zur Sorge. In Bosnien und Herzegowina etwa betrug das Leistungsbilanzdefizit 2004 wieder über 20% des BIP und wurde durch neue Kredite und Transfers überbrückt.

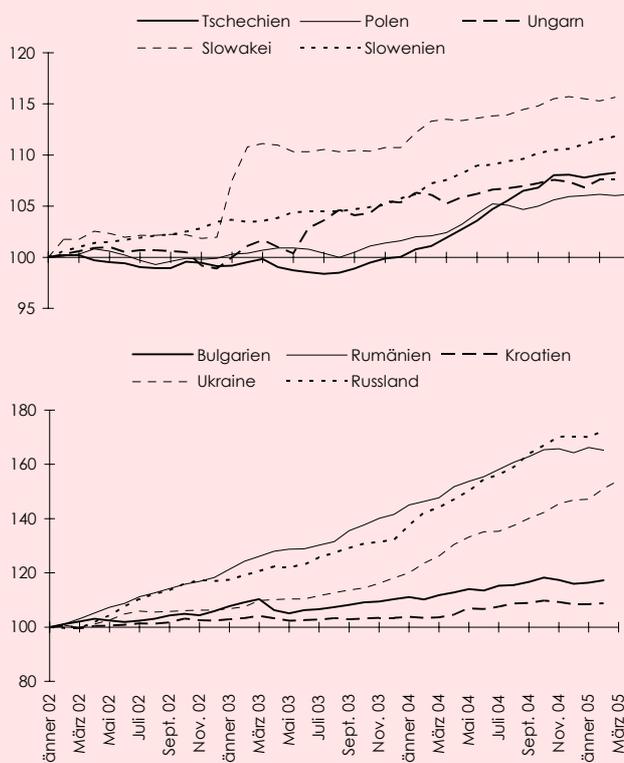
Feste Wechselkurse scheinen jedoch nur ein Teil des Problems zu sein. Während die Überbewertung der Währung z. B. in Kroatien die Hauptursache der großen externen Ungleichgewichte sein dürfte, sind in den weniger entwickelten Ländern Südosteuropas auch Struktureffekte maßgebend. Selbst wenn diese Länder abwerteten, würden ihre Produktionskapazitäten möglicherweise nicht reichen, um die daraus resultierenden Exportchancen zu nutzen. In Bulgarien, Rumänien und Albanien scheint die Lage weniger problematisch zu sein, da dort das Leistungsbilanzdefizit zunehmend oder fast ganz durch die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen gedeckt ist.

In Russland und der Ukraine hingegen stieg der Leistungsbilanzüberschuss erneut, weil diese Länder von den hohen Weltmarktpreisen ihrer Hauptexportprodukte Energie und Metalle profitierten. Sie tilgen ihre Auslandsschulden (sogar vorzeitig) und sind nicht auf neue Kredite angewiesen. Der rasche Anstieg der Produzentenpreise (2004 über +20%; Abbildung 4), insbesondere von Energieträgern und Metallen, und die kräftige Ausweitung der Geldmenge infolge der hohen Devisenzuflüsse gefährden aber die makroökonomische Stabilität. In Russland könnte die diskutierte Verwendung der überschüssigen Mittel aus dem Stabilisierungsfonds für die Finanzierung etwa von Infrastrukturprojekten im Inland einen zusätzlichen Inflationsschub bewirken, der allerdings begrenzt wäre, wenn sich solche Projekte vor allem auf Investitionsgüterimporte stützen.

Das Regime fester Wechselkurse erhöhte in Südosteuropa zwar die Preisstabilität, doch vielfach auf Kosten des externen Gleichgewichts und gelegentlich sogar des Wachstums (wie in Mazedonien). In Russland und der Ukraine hingegen gefährdet ein hoher Leistungsbilanzüberschuss die makroökonomische Stabilität.

Abbildung 4: Produzentenpreisindex

Veränderung gegenüber Jänner 2002 in %



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Ausblick

Die Wirtschaft der MOEL wird sich in den kommenden Jahren günstig entwickeln (Übersicht 1), obwohl die Konjunktur in der EU 15 etwas nachlassen wird. Nicht zuletzt dank der kräftigen Direktinvestitionszuflüsse vergangener Jahre werden die MOEL weiter an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, die Wachstumsrate wird daher voraussichtlich um 2 bis 4 Prozentpunkte höher sein als in der EU 15.

Übersicht 9: Entwicklung des Außenhandels 2004

Auf Euro-Basis

	Insgesamt	EU 15	10 neue EU-Länder	Andere
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Exporte</i>				
Tschechien	+ 24,8	+ 21,7	+ 34,9	+ 28,2
Ungarn	+ 15,9	+ 11,3	+ 31,5	+ 27,6
Polen	+ 26,3	+ 21,5	+ 35,8	+ 37,6
Slowakei	+ 15,5	+ 13,7	+ 22,7	+ 11,0
Slowenien	+ 11,1	+ 9,6	+ 8,6	+ 14,3
Estland	+ 17,6	+ 7,1	+ 46,4	+ 35,0
Lettland	+ 24,0	+ 8,8	+ 56,3	+ 42,4
Litauen	+ 21,0	+ 27,1	+ 32,0	+ 8,3
<i>Importe</i>				
Tschechien	+ 20,3	+ 19,3	+ 29,1	+ 18,5
Ungarn	+ 13,6	+ 4,8	+ 20,2	+ 36,2
Polen	+ 18,8	+ 14,3	+ 34,6	+ 23,5
Slowakei	+ 18,1	+ 15,1	+ 20,4	+ 22,0
Slowenien	+ 11,9	+ 10,8	+ 16,4	+ 14,5
Estland	+ 17,5	+ 15,8	+ 34,9	+ 11,6
Lettland	+ 21,1	+ 14,6	+ 29,0	+ 25,8
Litauen	+ 15,8	+ 7,7	+ 23,9	+ 23,2

Q: wiiw-Berechnungen basierend auf nationalen Statistiken, vorläufige Zahlen.

Unter den neuen EU-Ländern erwartet das wiiw lediglich für Polen eine deutliche – und bereits erkennbare – Verlangsamung der Expansion aufgrund einer zu restriktiven Geldpolitik, während die Wirtschaft in den anderen Ländern dieser Gruppe weiterhin kräftig expandieren wird. In den EU-Beitrittskandidatenländern Bulgarien und Rumänien sowie in Serbien wird sich das derzeit hohe Wachstum laut wiiw-Prognose leicht abkühlen, in Mazedonien hingegen (nach einem BIP-Rückgang in den ersten drei Quartalen 2004) beschleunigen. In Kroatien ist eine weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wahrscheinlich, vor allem weil sich die Investitionsnachfrage abschwächen wird. Gleichzeitig wird sich die makroökonomische Stabilität in der ganzen Region weiter festigen (möglicherweise mit Ausnahme von Serbien).

In Russland und der Ukraine ist mit einer Verlangsamung zu rechnen, da ein weiterer Anstieg der bereits sehr hohen Weltmarktpreise der Hauptexportprodukte eher unwahrscheinlich ist. In Russland werden zudem die Kapazitätsengpässe in der Exportindustrie immer akuter. Dennoch werden in beiden Ländern der neuerdings kräftige Anstieg der Produzentenpreise und die bevorstehende Anhebung der administrativen Preise wieder für eine zweistellige Inflationsrate sorgen.

Die Aussichten für die EU-Integration der südosteuropäischen Länder haben sich etwas verbessert. Der EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 scheint sicher, und auch Kroatien könnte (trotz der jüngsten politischen Probleme) unter einem optimistischen Szenario 2009 beitreten, gefolgt von Mazedonien. Gegen 2015 wird vermutlich die gesamte Region Teil der EU sein. Dies erfordert allerdings die Lösung mehrerer institutioneller Probleme vor allem im Kosovo, in Serbien und Montenegro und in Bosnien und Herzegowina. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten der Ukraine auf eine EU-Mitgliedschaft trotz der jüngsten politischen Ereignisse nach wie vor gering.

Übersicht 10: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung ¹⁾		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) ²⁾		Leistungsbilanz			
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2005	2006
	Jahresendstand in Mrd. €				Mrd. €			
Tschechien	27,6	33,3	21,3	20,9	- 5,0	- 4,5	- 4,6	- 4,7
Ungarn	46,0	54,9	10,1	11,7	- 6,4	- 7,1	- 7,2	- 7,3
Polen	84,0	92,9	26,0	25,9	- 4,1	- 3,0	- 5,7	- 6,0
Slowakei	14,7	17,4	9,7	11,0	- 0,2	- 1,2	- 1,8	- 1,7
Slowenien	13,3	15,4	6,8	6,5	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Estland	5,7	7,5	1,1	1,3	- 1,1	- 1,1	- 1,2	- 1,2
Lettland	7,5	9,8	1,1	1,4	- 0,8	- 1,4	- 1,2	- 1,3
Litauen	6,7	7,7	2,7	2,6	- 1,1	- 1,3	- 1,5	- 1,6
Bulgarien	10,7	12,4	5,0	6,4	- 1,6	- 1,5	- 1,3	- 1,3
Rumänien	15,7	17,5	6,4	10,7	- 3,1	- 4,4	- 5,5	- 6,0
Kroatien	19,8	22,7	6,6	6,4	- 1,8	- 1,3	- 1,3	- 1,4
Albanien	1,1	.	0,8	1,0	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4
Bosnien und Herzegowina	2,1	2,1	1,4	1,7	- 1,5	- 1,5	- 1,5	- 1,4
Mazedonien	1,4	1,4	0,7	0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Serbien	10,9	10,4	2,7	3,0	- 1,5	- 2,3	- 2,5	- 2,5
Russland	148,5	155,1	58,5	88,7	31,3	48,3	42,0	40,0
Ukraine	19,1	22,5	5,4	6,8	2,6	5,5	5,5	4,0

Q: Nationale Statistiken; 2004: vorläufige Zahlen, 2005 und 2006: Prognose des wiiv. – ¹⁾ Rumänien und Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. Bosnien und Herzegowina: öffentliche Verschuldung. – ²⁾ Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien, Slowakei, Albanien: einschließlich Gold; Ungarn, baltische Staaten: Gesamtreserven.

Die tschechische Krone wertete im Laufe des Jahres 2004 gegenüber dem Euro nominell auf. Zugleich sanken die Lohnstückkosten in der Industrie (auf Kronen-Basis) um rund 4%, und die Qualität der exportierten Güter stieg, sodass die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt wurde. Die Güterexporte – insbesondere von Maschinen und Agrarprodukten – wurden rascher ausgeweitet als die Güterimporte, das Handelsbilanzdefizit verringerte sich weiter. Das solide Wachstum von 4,0% war 2004 aber vor allem der starken Investitionsnachfrage (staatliche Infrastrukturprojekte, privater Wohnbau) zuzuschreiben. Die Kreditvergabe expandiert rasch, nicht zuletzt wegen der niedrigen Zinssätze, die zum Teil sogar unter jenen im Euro-Raum liegen. Die Leistungsbilanz ist jedoch wegen der deutlich negativen Einkommensbilanz weiterhin stark defizitär. Eine weitere Konsolidierung des Staatshaushalts ist angesichts der 2006 bevorstehenden Parlamentswahlen schwierig.

Obwohl in Ungarn die expansive Fiskalpolitik der letzten Jahre, die insbesondere den privaten Konsum stimulierte, weitgehend aufgegeben wurde, blieben gravierende makroökonomische Ungleichgewichte auch 2004 bestehen. Das Leistungsbilanzdefizit betrug 8,9% des BIP, das Budgetdefizit 4,5% des BIP. Der restriktive Kurs der Geldpolitik bewirkt hohe Zinssätze, die selbst nach mehrmaliger Senkung die höchsten in der EU sind. Die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen stiegen 2004 nach dem Rückgang im Jahr zuvor wieder kräftig. Das Wirtschaftswachstum (4,0%) beschleunigte sich ebenfalls merklich gegenüber 2003, getragen vor allem von einer Steigerung der Exporte und der Investitionsnachfrage. Es wird in den kommenden Jahren voraussichtlich etwa die gleiche Rate erreichen.

Mit 5,3% verzeichnete Polen 2004 die zweithöchste Wachstumsrate unter den neuen mitteleuropäischen EU-Ländern, wenn auch die Produktion auf Lager 1,8 Prozentpunkte davon ausmachte. Nach wie vor hängt die Dynamik stark von der Wechselkursentwicklung ab. Nach einer geldpolitischen Lockerung in den Jahren 2002 und 2003, die eine Abwertung des Zloty und eine markante Wachstumsbeschleunigung zur Folge hatte, kehrte die Nationalbank angesichts der Inflationsbeschleunigung Mitte 2004 wieder zu einer Politik hoher Zinssätze zurück. Unter der folgenden Aufwertung litt die Realwirtschaft, im Laufe des Jahres 2004 verlangsamte sich das Wachstum von 6,9% im I. Quartal auf nur 4,1% im letzten Quartal. Die Kombination von hohen Zinsen und nomineller Aufwertung bietet internationalen Anlegern lukrative

Kurze Länderberichte

Tschechien

Ungarn

Polen

Möglichkeiten, kann aber mittelfristig eine spekulative Blase auslösen. Auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt sind ungünstig, vor allem im Osten des Landes.

Slowakei

Die Wirtschaft der Slowakei wuchs 2004 um 5,5%, das Investitionsklima verbesserte sich. Neben dem EU-Beitritt trugen dazu vor allem die Einführung einer "Flat Tax" von 19% zu Jahresbeginn und der Erfolg der früheren Direktinvestitionsprojekte insbesondere in der Autoindustrie bei. Nach der Inbetriebnahme von VW – Bratislava werden in den kommenden Jahren zwei weitere Autowerke (PSA Peugeot-Citroen und KIA-Hyundai) ausgebaut. Das bringt auch für die Zulieferindustrie zusätzliche Direktinvestitionen mit sich. Das Wirtschaftswachstum dürfte 2005 ähnlich hoch ausfallen wie 2004. Es wird zunehmend von der heimischen Nachfrage getragen. 2004 expandierte die Ausfuhr weniger stark als im Jahr zuvor, das Leistungsbilanzdefizit stieg wieder (auf 3,5% des BIP). In den kommenden Jahren dürfte es sich weiter vergrößern. Dies ist zum Teil auf die nominelle (und reale) Aufwertung der slowakischen Krone gegenüber dem Euro zurückzuführen, die ihrerseits ein erhöhtes Vertrauen in die Wirtschaftsaussichten des Landes widerspiegelt. Darüber hinaus werden, ähnlich wie in Tschechien und Ungarn, die Gewinne aus vergangenen Direktinvestitionen tendenziell die Leistungsbilanz verschlechtern.

Slowenien

Als einziges neues EU-Mitgliedsland aus Mitteleuropa nimmt Slowenien seit Ende Juni 2004 am Europäischen Wechselkursmechanismus II teil. Bereits Anfang 2007 will das Land in die Währungsunion eintreten. Es erfüllt drei der vier Maastricht-Kriterien – die Inflationsrate ist immer noch relativ hoch (3,6% im Jahresdurchschnitt 2004), dürfte aber weiter sinken. Trotz des neuen Wechselkursregimes (zuvor betrieb Slowenien stets eine kontrollierte Abwertung) expandierten 2004 sowohl die Industrieproduktion als auch die Exporte erneut (+5% bzw. +11%). Einbußen erlitt jedoch die Lebensmittelindustrie, vor allem weil die bilateralen Freihandelsabkommen mit den Nachfolgestaaten von Jugoslawien im Zuge des EU-Beitritts von Slowenien ausliefen.

Estland

Auch Estland trat im Juni 2004 dem Europäischen Wechselkursmechanismus II bei, doch weist das Land ein enormes externes Ungleichgewicht auf. Trotz geringfügiger Verbesserung erreichte das Leistungsbilanzdefizit 2004 12,6% des BIP; es wurde in geringerem Maße als im Vorjahr durch Zuflüsse an Direktinvestitionen gedeckt. Hingegen erwirtschaftet der Staatshaushalt bereits seit vier Jahren Überschüsse, und die Staatsverschuldung liegt unter 5% des BIP. Inflation und Zinssätze sind niedrig, sodass formell der für Anfang 2007 geplanten Teilnahme an der Währungsunion nichts im Wege steht. 2005 und wahrscheinlich auch 2006 wird die Wirtschaft weiter kräftig wachsen (2004 +6,2%), mittelfristig hängen die Aussichten allerdings nicht zuletzt davon ab, ob das externe Ungleichgewicht abgebaut werden kann.

Lettland

In Lettland beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum 2004 auf 8,5%, vor allem dank boomender Anlageinvestitionen und der expandierenden Kreditvergabe. Das hohe Leistungsbilanzdefizit stieg 2004 weiter auf 12,3% des BIP. Um dem externen Ungleichgewicht entgegenzuwirken, plant die Regierung den Einsatz einer restriktiveren Fiskal- und Geldpolitik. Bereits 2005 sollte sich damit das Wachstum auf rund 7% verlangsamen. Die Wirksamkeit geldpolitischer Instrumente wird allerdings durch das feste Wechselkursregime beeinträchtigt. Seit Jänner 2005 ist der Wechselkurs nicht mehr an die Sonderziehungsrechte des IWF, sondern an den Euro gebunden, und im Mai 2005 trat Lettland dem Europäischen Wechselkursmechanismus II bei. Um wie vorgesehen im Jänner 2008 in die Währungsunion einzutreten, muss die Inflation wesentlich verlangsamt werden.

Litauen

Das litauische BIP wuchs 2004 deutlich schwächer als im Jahr zuvor (+6,7% gegenüber +9,7%), obwohl die Exporte von Erdölprodukten – sie machen ein Viertel der gesamten Ausfuhr aus – sowohl von der Inbetriebnahme der Raffinerie Mazeiku Naf-ta als auch vom Anstieg der Weltmarktpreise von Rohöl profitierten. Litauen nimmt seit Juni 2004 am Europäischen Wechselkursmechanismus II teil. Mit niedriger Inflation, niedrigen Zinssätzen und einem weitgehend konsolidierten Staatshaushalt erfüllt Litauen bereits jetzt die Maastricht-Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion, doch wie in Estland erscheint das große externe Ungleichgewicht problematisch: 2004 stieg das Leistungsbilanzdefizit erneut auf 7,2% des BIP.

Die Makrokennzahlen Bulgariens vermitteln das Bild einer dynamischen und gleichgewichtigen Wirtschaftsentwicklung. Die beträchtlichen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und die damit verbundene Umstrukturierung und Modernisierung der Industrie sowie der Boom im Tourismus und in anderen Dienstleistungsbereichen beschleunigten 2004 das Wachstum auf 5,6% und ließen die Beschäftigung weiter steigen. Die Kredite, vor allem an private Haushalte, wurden beträchtlich ausgeweitet, doch bislang sind keine Anzeichen einer "Überhitzung" zu beobachten. Der Staatshaushalt erwirtschaftete einen Überschuss von 1,4%, während das Leistungsbilanzdefizit von 7,5% vollständig durch die Zuflüsse an Direktinvestitionen gedeckt war und somit eher positiv zu interpretieren ist. Zusammen mit Rumänien hat Bulgarien das Beitrittsabkommen mit der EU im April 2005 unterzeichnet und plant 2007 der EU beizutreten.

Auch Rumänien verzeichnete 2004 ein starkes Wachstum (über +8%), teilweise dank einer hervorragenden Ernte, aber auch wegen der expansiven Politik der Regierung (insbesondere der Lohnpolitik) angesichts der Wahlen im Dezember. Der rasche Anstieg der Löhne und die nominelle Aufwertung des Leu, die vor allem auf eine kräftige Ausweitung der Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen zurückzuführen war, hatten jedoch eine Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf 7,5% des BIP zur Folge. Die Inflation sank Ende 2004 auf der Verbraucherebene erstmals unter 10% (auf 9,3%). Eine weitere Verlangsamung könnte sich als schwierig erweisen, da die Zentralbank auf dem Devisenmarkt intervenieren dürfte, um einer überhöhten Aufwertung des Leu nach der Kapitalverkehrsliberalisierung im April 2005 vorzubeugen. Die neue Regierung positioniert sich als wirtschaftsfreundlich. Im Jänner 2005 wurde nach dem Muster der Slowakei eine "Flat Tax" von 16% eingeführt.

Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der EU, die für den 17. März 2005 angesetzt war, wurde verschoben, weil sich das Land weigerte, General Gotovina dem Haager Tribunal auszuliefern. Somit ist ein EU-Beitritt vor 2009 kaum realistisch. 2004 wurde die Wirtschaftsentwicklung von einigen negativen Tendenzen geprägt: Das Wachstum verlangsamte sich auf unter 4%, vor allem weil die staatlichen Investitionen sanken, und die Direktinvestitionszuflüsse verringerten sich merklich. Die Güterexporte stiegen zwar kräftiger als die Güterimporte (erstmal seit 2000), doch die Leistungsbilanz war neuerlich stark defizitär, und das Problem der sehr hohen Auslandsverschuldung (81% des BIP) ist ungelöst. Dies ist im Wesentlichen der Politik eines seit Jahren weitgehend konstanten nominellen Wechselkurses gegenüber dem Euro zuzuschreiben, die eine deutliche Überbewertung der kroatischen Kuna zur Folge hat.

Albaniens Wirtschaft wuchs 2004 wie im Jahr zuvor um 6% (allerdings ist die Qualität der albanischen Statistiken noch mangelhaft). Die größte albanische Geschäftsbank wurde von der österreichischen RZB übernommen. Weitere Direktinvestitionen werden 2005 durch die Privatisierungen in der Erdölverarbeitung und im Telekommunikationssektor angezogen. Die kurz- und mittelfristigen Aussichten sind günstig, doch Albanien bleibt als eines der ärmsten Länder Europas nach wie vor auf die laufenden Transfers von im Ausland tätigen Albanern angewiesen – sie erreichten 2004 12% des BIP.

Bosnien und Herzegowina sind zwei voneinander weitgehend unabhängige Teile, doch hat das Land im Unterschied zu Serbien und Montenegro eine einheitliche Währung (die konvertible Mark) und plant, bald eine einheitliche Mehrwertsteuer einzuführen. Das Currency-Board-Regime mit Anbindung an den Euro, welches vor mehreren Jahren etabliert wurde, bewirkte eine nominelle Stabilisierung der Wirtschaft. Das allgemeine Preisniveau liegt laut wiw-Schätzungen bei etwa der Hälfte des Durchschnitts der EU 25. Es ist damit für ein wenig entwickeltes Land relativ hoch und dürfte im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stehen. Darüber hinaus sind eine Reihe institutioneller Reformen, vor allem in der öffentlichen Verwaltung, und Infrastrukturmaßnahmen notwendig, um die weitere Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

Die massive Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Mazedoniens (insbesondere im Laufe des Jahres 2003) hatte bei unverändert restriktiver Geldpolitik in den ersten drei Quartalen 2004 einen Rückgang des BIP zur Folge; dennoch wurde für das ge-

Bulgarien

Rumänien

Kroatien

Albanien

Bosnien und Herzegowina

Mazedonien

samte Jahr 2004 eine Wachstumsrate von 2,9% registriert. Die Industrieproduktion schrumpfte sogar um fast 13%, und die Arbeitslosenquote blieb mit 37% hoch. Für die kommenden zwei Jahre ist jedoch mit einer deutlichen Belebung der Wirtschaft zu rechnen. Das Land hat im März 2004 den Antrag auf EU-Beitritt gestellt, die Beitrittsverhandlungen dürften 2006 oder 2007 beginnen.

Serbien und Montenegro

Obwohl Serbien und Montenegro formell einen gemeinsamen Staat bilden, unterhalten sie voneinander unabhängige Fiskalsysteme sowie unterschiedliche Außenhandelsregime und Währungen (Montenegro verwendet seit mehreren Jahren den Euro). Auch die Statistiken werden zunehmend getrennt geführt. In Serbien beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum 2004 auf 7%, teilweise aufgrund des für die Landwirtschaft günstigen Wetters. Der Übergang vom fixen Wechselkursregime zu kontrollierter Abwertung war für einen Anstieg der Inflation mitverantwortlich, konnte aber die Verschlechterung der externen Position nicht verhindern. Weiter verstärkt wurde der Preisauftrieb durch die Einführung der Mehrwertsteuer mit Anfang 2005. Die Wachstumsaussichten sind günstig, auch werden Privatisierungen und die dadurch bedingten Zuflüsse an Direktinvestitionen einen immer größeren Anteil des Leistungsbilanzdefizits decken. In Montenegro scheint die makroökonomische Lage unter Kontrolle zu sein, und das Land zog mehr ausländische Direktinvestitionen an als in der Vergangenheit.

Russland

Mit rund 7% wuchs die Wirtschaft in Russland 2004 etwa gleich rasch wie im Jahr zuvor. Gegen Jahresende wurde allerdings eine merkliche Verlangsamung registriert, obwohl sich Erdöl und Erdgas, nach wie vor die Hauptexportprodukte des Landes, auf den Weltmärkten verteuerten. Die Makrokennzahlen sind weiterhin sehr günstig: Der Staatshaushalt erzielte einen Überschuss von 4,5% des BIP, und der positive Leistungsbilanzsaldo stieg auf über 10% des BIP. Der Stabilisierungsfonds, der ursprünglich eingerichtet worden war, um die Auswirkungen der Rohölpreislabilität auf die heimische Wirtschaft zu glätten, übersteigt mittlerweile 700 Mrd. Rubel (rund 25 Mrd. \$). Dies ermöglicht die Verwendung seiner Mittel auch für andere Zwecke, vor allem für die vorzeitige Tilgung der Auslandsschulden. So zahlte Russland bereits im Februar 2005 die Schulden beim IWF zurück und verhandelt derzeit mit dem Pariser Klub. Die nunmehr absehbare Stabilisierung der Rohölpreise und die zunehmenden Kapazitätsengpässe in der Förderung und im Transport von Rohöl werden in den kommenden Jahren das Wachstum verlangsamen. Das Investitionsklima wurde durch die Affäre um Jukos verschlechtert.

A Range of Factors Driving Growth Acceleration in Central and Eastern Europe – Summary

In 2004, nearly all countries of Central and Eastern Europe (CEE) recorded an acceleration of economic growth and once again outperformed in this respect the EU 15. However, the reasons for this have been different across individual countries. In the new EU member states domestic demand has picked up, Romania and Bulgaria have improved their competitiveness due to the surge in foreign direct investment, the Western Balkans have benefited from greater political stability, whereas Russia and Ukraine have taken advantage of the high world prices for their major export commodities: energy and metals.

The accession of eight CEE countries to the EU on 1 May 2004 was well prepared and has provided an additional growth stimulus to the new EU member states, particularly for agriculture. The migration of labour force from those countries to the EU 15 has been moderate, despite the sizeable income gap and the stubbornly high unemployment, especially in Poland and Slovakia. The Baltic countries and Slovenia have already joined the European Exchange Rate Mechanism II and are planning to introduce the euro in 2007-08. However, in the remaining new EU member states persistently large public deficits are the main formal obstacle for adopting the euro in the medium term.

The EU accession prospects for the countries of Southeast Europe have improved. Bulgaria and Romania have signed accession treaties with the EU and are expected to join in 2007. Croatia has been given the status of EU accession candidate, and Macedonia has applied for EU membership. Under an optimistic scenario the whole region might become part of the EU as soon as 2015. However, many of these countries face the task of solving the problem of huge foreign debt, which in several cases appears unsustainable.

Russia and Ukraine are recording signs of "overheating" due to the booming commodity exports and the resulting surge in current account surplus. The general macroeconomic picture is favourable, but serious structural distortions remain untackled, not least due to the rough climate for foreign direct investments.

Die politische Krise nach der Präsidentschaftsstichwahl im Herbst 2004 erschütterte in der Ukraine das Vertrauen in die Währung. Die Nationalbank musste auf dem Devisenmarkt kräftig intervenieren und gleichzeitig auf eine Reihe administrativer Maßnahmen im Finanzsektor zurückgreifen, die jedoch mittlerweile zurückgenommen wurden. Die reale Wirtschaft war von den Finanzmarkturbulenzen jedoch kaum betroffen, weil der Finanzsektor immer noch klein ist. 2004 wurden ein robustes Wirtschaftswachstum von 12,1% und ein Leistungsbilanzüberschuss von 10,5% des BIP verzeichnet. Dies war einerseits den hohen Weltmarktpreisen von Stahl (dem Hauptexportprodukt der Ukraine) und andererseits der lebhaften Konjunktur in Russland zuzuschreiben. Im Inland setzte sich der Investitionsboom fort. Mit dem Aufschwung beschleunigte sich allerdings die Inflation: Der drastische Anstieg der Produzentenpreise (2004 etwa +20%) wird sich zunehmend auch in den Verbraucherpreisen niederschlagen. Die Politik steht vor der schwierigen Aufgabe, die regionale politische Spaltung des Landes zu überwinden und einen Weg einzuschlagen, der weder den Wirtschaftsinteressen der EU noch jenen Russlands zuwiderläuft.